



LEA

Landeselternausschuss
Kindertagesbetreuung

LEA Sondersitzung zum Thema Gebührenerhöhungen 19. April 2010

TOP 1: Begrüßung/Beschlussfähigkeit

Bodo begrüßt die Anwesenden, es sind auch viele BEA Delegierte anwesend.

Beschlussfähigkeit: insgesamt 45 Anwesende, davon 20 LEAs und 25 BEAs.

TOP 2: Nachwahlen zum Vorstand

Manuel Golsch ist aus persönlichen Gründen ausgeschieden. Bodo dankt ihm für sein jahrelanges Engagement. Damit ist der Beisitz für Finanzen im LEA Vorstand neu zu besetzen.

Angelika Bock stellt sich für diesen Posten bereit.
Weitere Kandidaturen aus dem Plenum gibt es nicht.

Wahlergebnis:

Angelika Bock wird einstimmig in Abwesenheit gewählt.

Auf der nächsten Sitzung wird die Wahl formal abgeschlossen, wenn Angelika die Wahl annimmt.

TOP 3: Protest/Stimmung der Eltern

Letzten Dienstag hat der Senat die Gebührenerhöhungen für den Kitabereich beschlossen. Das Essensgeld wird zum 15. Mai erhöht. Die weiteren Gebührenerhöhungen werden ab dem 24.8.2010 greifen. Eltern behinderter Kinder zahlen künftig nicht mehr den Pauschalbeitrag von 31€ pro Kind, sondern die Hälfte des regulären Beitrags.

Die Geschwisterregelung bleibt erhalten, d.h. das jüngste Kind zahlt den vollen Betrag, das zweite Kind ein Drittel davon und ab dem dritten Kind wird nur noch der Mindestsatz erhoben. Essensgeld wird für alle Kinder voll umfänglich zu zahlen sein. Das Essensgeld stellt die eigentliche Beitragserhöhung dar. Das Essensgeld kann nicht über die Steuer abgesetzt werden.

Viele Eltern sind wütend und suchen nach einem Ventil. Gerade das Essensgeld im Hort macht die Eltern sauer.

Das Geld aus den Erhöhungen ist für den Kita-Ausbau gedacht und fließt nicht etwa in mehr oder besseres Essen.



LEA

Landeselternausschuss
Kindertagesbetreuung

Unklar ist, wo jetzt die Beitragsbemessungsgrenze liegt.

Wir stellen eine vermehrte Solidarität unter den Eltern fest. Wichtig ist dem Plenum, dass alle an einem Strang ziehen.

Die Gebührenerhöhungen gefährden Arbeitsplätze.

Bei der Hortbetreuung besteht die Gefahr, dass die Eltern von 3 auf 2 Stunden reduzieren. Damit fehlt den Kitas Geld und Entlassungen könnten die Folge sein.

Im Plenum wird deutlich, dass es in der Frage der Kita-Finanzierung um eine gesamtgesellschaftliche Solidarität gehen muss. Das Kita-System muss - wie auch die Schule als Ort der Bildung - von der gesamten Gesellschaft finanziert werden.

Das Plenum diskutiert die verschiedenen Möglichkeiten, gegen die Erhöhungen zu protestieren.

Eva Schobeß regt an, ein Musterverfahren einzuleiten.

Zudem brauchen wir einen Leitfaden für die Eltern, der ihnen hilft, auf den bald kommenden neuen Gebührenbescheid zu reagieren, z.B. Widerspruch einlegen.

Eva Schobeß könnte fachkundige Juristen vermitteln.

Christian Ohrt verweist auf die Möglichkeit - sofern vorhanden - im Verwaltungsrecht einschlägige Rechtsschutzversicherungen zu nutzen und Widerspruch gegen den kommenden neuen Gebührenbescheid einzulegen.

Die SPD würde eine Volkspetition unterstützen. Jeder könnte unterschreiben und es gibt kein Quorum.

Jede Petition muss im Eingabenausschuss der Bürgerschaft behandelt werden. Eine Petition sollte jetzt 1-2 Wochen laufen und dann müssten die Unterschriften übergeben werden.

Ole will eine Gegendarstellung zu den Senatszahlen machen.

Beschluss

Der LEA startet eine Volkspetition.

Die Unterschriftenliste enthält, neben der Tabelle für die Angaben der Unterschreibenden, zu Oberst den Grund für die Petition. Angehängt werden muss eine Begründung.

Der LEA beauftragt die ÖAG, die Petition mit folgenden Ergänzungen



LEA

Landeselternausschuss
Kindertagesbetreuung

vorzubereiten:

Oben auf der Unterschriftenliste soll dem vorliegenden Vorschlag hinzugefügt/abgeändert werden:

- die besondere Situation für Behinderte
- Zweijährige
- Zahlen der Beitragserhöhungen sollen in Prozent ausgedrückt werden
- schon Forderung enthalten, die auch im Volksentscheid wieder eine Rolle spielen könnten

In die Begründung:

Essensgeld kommt nicht in der Kitaküche an.

Hinweis:

Flyer müssen ins Türkische und Russische übersetzt werden. Ole und Anna fragen im BEA Eimsbüttel nach der Übersetzung ins Türkische.

Beschluss

Gleichzeitig zur Volkspetition verfolgt der LEA den Weg einer Volksinitiative weiter und prüft die rechtlichen Möglichkeiten.

TOP 4: Widerstand bei Facebook

Jan Gebert, der Gründer der Facebook Gruppe „Gegen die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren“, ist zu Gast und berichtet über die Entstehung und Entwicklung Facebookgruppe. Er stellt heraus, dass es hier um basisdemokratischen Protest geht, mit großer Eigendynamik. Es ist kein in dem Sinne initiiertes Protest. In der Gruppe kanalisierte sich zunächst Wut und Unverständnis über die geplanten Erhöhungen. Die Idee zum Widerstand entwickelte sich aus der Gruppe heraus. Geplant ist eine bunte und laute Demonstration, ohne große Redebeiträge. Los geht es am Montag den 26. April, auf dem Gerhardt-Hauptmann-Platz um 17 Uhr. Jan Gebert begrüßt, dass der LEA hier die beschlossene Petition unter die Leute bringt, dies könne eine Art Höhepunkt der Veranstaltung sein.

Beschluss:

Der LEA beschließt, jetzt offiziell zur Demo am Montag aufzurufen.

Bodo schlägt vor, eine Arbeitsgruppe zur Volksinitiative zu bilden.
Für diese Arbeitsgruppe haben sich 6 Personen zusammengefunden.



LEA

Landeselternausschuss
Kindertagesbetreuung

-Pause-

Die Sitzung wird mit 20 anwesenden LEAs fortgesetzt.

TOP 5: Schulreform

Bodo regt eine aktuelle Beschlussfassung zur Schulreform an.

In der politischen und medialen Debatte zu den Kita-Gebühren wird verstärkt ein Zusammenhang mit der Primarschule hergestellt.

Aus dem Plenum wird berichtet, dass Eltern erwägen, den Senat beim Volksentscheid am 18.Juli dafür abzustrafen und gegen die Primarschule zu stimmen.

Es folgt eine Diskussion über die LEA Haltung zur Primarschule. Die Meinungen darüber, ob und inwiefern der LEA von der Schulreform betroffen ist und ob und wie der LEA sich öffentlich positionieren soll, gehen auseinander. Es wird darauf verwiesen, dass es in den vergangenen Monaten häufig unterschiedliche Auffassungen darüber gab, was die Beschlusslage des LEAs ist.

Nach intensiver Debatte konnte folgender Kompromiss einstimmig getroffen werden:

Beschluss

Der LEA positioniert sich für längeres gemeinsames Lernen und befürwortet jegliche Investition in Bildung. Wir sehen den Volksentscheid am 18.Juli nicht als sinnvolle Möglichkeit, den Unmut über die Kita-Gebührenerhöhung zum Ausdruck zu bringen.

TOP 6: Sonstiges

Sabine W. plädiert für mehr Wertschätzung für die einzelnen Wortbeiträge.